



Bundestag direkt

Info-Brief der SPD-Landesgruppe SH
Ausgabe 4/11 - Dezember 2011



Mehr Offenheit. Mehr Demokratie. Mehr Freiheit.

- Von Sönke Rix -

Weil sie Einwanderer waren, wurden mindestens zehn Menschen von polizeibekanntem Rechtsextremisten heimtückisch ermordet. Mitten in Deutschland. Skrupellos, ohne jede menschliche Regung. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz haben weder die Zusammenhänge der Morde noch die wahren Motive der Mörder erkannt. Und schnell machte der abwertende Begriff „Döner-Morde“ die Runde. Schlimmer noch: Viele der Ermordeten wurden voreilig und falsch zu Opfern organisierter Kriminalität erklärt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, dass Menschen zu solchen Taten fähig sind.

Seit fast 150 Jahren steht die SPD für eine demokratische, offene, tolerante und von Solidarität und sozialem Zusammenhalt geprägte



te Gesellschaft. Für uns bedeutet Demokratie individuelle Freiheit, umfassende gesellschaftliche Teilhabe, Schutz von Minderheiten und sozialem Ausgleich. Die SPD ist stolz auf unsere von kultureller Vielfalt geprägte Einwanderungsgesellschaft. Wir lassen es nicht zu, dass Rassisten und Rechtsextremisten unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie zerstören.

183 Menschen wurden seit 1990 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Ihre Mörder kamen nicht aus dem Nichts, sondern wurden auch von einem aggressiven gesellschaftlichen Klima animiert. Es gilt gegen ein zunehmendes Klima der Gewöhnung an rechtsextreme Übergriffe anzukämpfen. Alle sind gefordert, für mehr demokratische Kultur und gesellschaftlichen Zu-

sammenhalt zu sorgen. Wir Sozialdemokraten wollen Partner derjenigen sein, die an vorderster Stelle dem Rechtsextremismus die Stirn bieten. Die solide und unbürokratische Förderung der Projekte und Initiativen ist uns ein besonderes Anliegen.

Die SPD bekräftigt daher ihre Forderung nach der Errichtung einer Bundesstiftung für demokratische Kultur. Die Aufgabe, dem Rechtsextremismus vorzubeugen bzw. ihn zu bekämpfen ist zu wichtig, als dass die Wahrnehmung dieser Verantwortung so sehr vom Ausgang jährlicher Haushaltsberatungen im Bundestag abhängig gemacht werden darf. Die Förderung gelungener Modellprojekte kann oft nicht langfristig etabliert und verstetigt werden. So geht Organisationswissen verloren und qualifiziertes Personal wandert ab. Deshalb brau-

chen wir die Bundesstiftung.

Auch darum muss die menschenverachtende NPD endlich verboten werden! Eine Partei, deren erklärtes Ziel es ist, die Privilegien einer demokratischen Gesellschaftsordnung auszunutzen, um die Demokratie abzuschaffen und den Nährboden für eine gesellschaftliche Spaltung zu organisieren, darf nicht länger privilegiert sein und dabei auch noch durch Steuergelder finanziert werden. Wir wollen, dass Nazi-Vereine verboten werden. Vereinigungen, die ihre bevorzugte Stellung dazu missbrauchen, unsere Demokratie zu bekämpfen, muss die jeweilige Stellung entzogen werden. Angesichts der schlimmen Erfahrungen des Niedergangs der Weimarer Republik haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes uns hierfür die nötigen Instrumente an die Hand gegeben. Es ist an uns, sie zu nutzen!

Auch in vielen anderen Ländern in Europa sind seit

- Fortsetzung auf Seite 2 -



Sönke Rix ist Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Minderheitenförderung Seite 4
- Besser mehr Marine! Seite 5
- Schwarz-Gelb kürzt am falschen Ende Seite 6
- Landesgruppe will Deutschland-Bonds Seite 7
- „Fraktion vor Ort“ in den Betreuungswahlkreisen Seite 8
- Baltic Sea Labor Forum gegründet Seite 11
- Kommentar zur Bildungspolitik Seite 12



- Fortsetzung von Seite 1 -

Jahren rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte auf dem Vormarsch. Der grausame Gewaltakt in Norwegen am 22. Juli dieses Jahres hat uns dies in einem bis dahin für undenkbar gehaltenen Ausmaß vor Augen geführt. Wir empfinden großen Respekt vor der Reaktion des norwegischen Volkes, das Grausamkeit mit Zusammenhalt beantwortet hat. Das hat uns alle sehr bewegt.

Das demokratische Norwegen ist uns Vorbild, mit Mut zu handeln, in der Gewissheit für das Richtige zu streiten: Mehr Offenheit. Mehr Demokratie. Mehr Freiheit. Denn: „Nazismus, alter Nazismus, aufgewärmter Nazismus, Neonazismus ist Verrat an Land und Volk“ (Willy Brandt, 1968).

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen!**

Im Namen der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich allen einen herzlichen Advents- und Weihnachtsgruß ausrichten und für das neue Jahr 2012 alles Gute wünschen.

Mit sechs Abgeordneten sind wir eine kleine Landesgruppe in Berlin, aber eine sehr aktive und sehr präzente, in der Facharbeit, in der Bundestagsfraktion und auch im Land. Da konnten wir 2011 auch aus der Opposition heraus wichtige Anliegen für das Land bewegen. Beispielhaft nenne ich hier die Kampagne zur Erneuerung der Schleienseen am Nord-Ostsee-Kanal. Schwarz-Gelb musste aus ihrer Ignoranz und Verantwortungslosigkeit erst wachgerüttelt werden. Unsere Landesgruppe war hier in Berlin wie am Kanal von Brunsbüttel bis Kiel ganz vorne weg. Und erfolgreich. Das freut uns.



In diesem Sinne versprechen wir für 2012, dass wir fröhlich, kämpferisch und erfolgreich weiter streiten werden. Mit allen zusammen. Für Schleswig-Holstein. Und für unsere SPD.

Mit herzlichen Grüßen

Ernst Dieter Rossmann
Landesgruppensprecher



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide

Weihnachtsfeier: Eine Anekdote und eine Kampfansage

Das Restaurant Honigmond ist nicht nur das Stammlokal der SPD-Abteilung Rosenthaler Vorstadt und war die Lokation für die diesjährige Weihnachtsfeier der Landesgruppe. Es ist auch ein Haus, mit dem Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann eine ganz

besondere Geschichte verbindet, die er in seiner Begrüßungsrede zum Besten gab. Dass Rossmann häufig bis spät in die Nacht im Büro Akten und Papiere liest, war bereits allgemein bekannt. Bislang weniger publik war die Vorliebe des Landesgruppensprechers

fürs Joggen im nächtlichen Berlin. Bei einer seiner Runden hatte er allerdings seinen Wohnungsschlüssel vergessen und das Hotel des Restaurants Honigmond war das einzige, das dem MdB in Sportklamotten ohne Pass und Bargeld Unterkunft gewährte.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgruppe gab Rossmann ein nicht unwillkommenes Versprechen: „Uns MdBs werdet Ihr bis Mai nicht viel zu sehen bekommen. Wir stecken unsere ganze Kraft in den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein.“ (nb)



v.l.: Flemming Krause (Büro Thönnies), Anne-Katrin Fischer (Büro Rix), Kai Mühlstädt und Martin Weinert (Büro Bartels)



Stephan Borghorst, Sönke Rix und Bettina Hagedorn amüsieren sich sichtlich über die Anekdote von Ernst Dieter Rossmann

Mit Schwung ins Landtagswahljahr 2012



Für die SPD geht dieser Tage ein erfolgreiches Wahljahr 2011 zu Ende. Mit dem Jahreswechsel richten sich die Augen nach vorn aufs Jahr 2012, in dem die SPD Schleswig-Holstein an die Erfolge allen voran der Hamburger Sozialdemokraten anknüpfen will.

Wir fragten die MdBs der Landesgruppe: 1. Wie und wo feiert Ihr Silvester? 2. Welchem Projekt wollt Ihr Euch im nächsten Jahr besonders widmen?

► **Hans-Peter Bartels:**

1. Normalerweise auf Föhr, diesmal auf einer Atlantikinsel, hoffentlich mit Sonne.

2. Demokratie stärken, Bundeswehrreform kritisch begleiten.

► **Bettina Hagedorn:**

1. Ich werde Silvester ganz in Ruhe zu Hause in Kasseeedorf verbringen, denn die Familie hat dieses Jahr absoluten Vorrang: Am 12. Dezember in aller Frühe ist mein zweites Enkelkind Jonah zur Welt gekommen, da möchte ich natürlich möglichst viel Zeit mit dem neuen Familienzuwachs, den stolzen Eltern und der nunmehr „großen“ Schwester Leni (3) verbringen. Hinzu kommt, dass meine über 80jährigen Eltern in Eutin pflegebedürftig sind, so dass ich – gerade während der Feiertage – gern in ihrer Nähe bin.

2. Als stellvertretende SPD-Landesvorsitzende gibt es 2012 für mich nur einen Schwerpunkt: gemeinsam mit den SPD-Kandidaten für starke SPD-Ergebnisse in allen Wahlkreisen zu kämpfen, damit wir am 6. Mai 2012 möglichst viele Direktmandate erringen und eine starke rot-grüne Regierung in Kiel bilden können.

Auf Bundesebene gilt mein Hauptaugenmerk weiter

einer besseren Finanzausstattung der Aktiven Arbeitsmarktpolitik, damit gerade Frauen und Alleinerziehende sowie Menschen mit Handicap Anspruch auf Qualifizierung für gute Arbeit erhalten.

Im Haushaltsausschuss werde ich weiter dafür Druck machen, dass der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals – auch über den Neubau der 5. Schleusenkammer hinaus – zügig vorangeht und der Bund weitere Finanzmittel dafür bereit stellt.

► **Gabriele Hiller-Ohm:**

1. Ich verbringe Silvester bei mir zu Hause mit meinen Kindern, Enkelkindern und lieben Freunden.

2. Bis zum 6. Mai werde ich unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag im Wahlkampf unterstützen.

In meinen Berliner Aufgabenfeldern – der Sozial- und der Tourismuspolitik – habe ich mir eine Initiative zur Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes vorgenommen. Die sozialen Leistungen für Flüchtlinge und Asylsuchende sind seit Inkrafttreten vor 18 Jahren weder verbessert noch angehoben worden. Viele Kinder erhalten nicht einmal das Bildungs- und Teilhabepaket. Im Tourismusausschuss werde ich für die Verbesserung der Reise- und Urlaubsbedingungen

für die acht Millionen Menschen mit Behinderung kämpfen. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass es auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin im März 2012 einen „Tag des barrierefreien Tourismus“ gibt, der sich ausschließlich diesem Thema widmet.

► **Sönke Rix:**

1. Dieses Jahr plane ich einen entspannten Jahreswechsel mit meiner Familie. Wir feiern in Eckernförde und freuen uns aufs Neue Jahr.

2. Ich widme mich zunächst unserem sozialdemokratischen Wahlsieg am 6. Mai. Außerdem gilt es im nächsten Jahr unseren Kampf gegen Rassismus und für Demokratie fortzusetzen. Dazu gehört auch, die richtigen Schlussfolgerungen aus den diesjährigen Ereignissen um die rechtsextreme Untergrundbewegung zu ziehen. Eine weitere Aufgabe bleibt es, den freien Kräften des Marktes durch das Primat der Politik Einhalt zu gebieten und Regeln aufzuzeigen.

► **Ernst Dieter Rossmann:**

1. Wir werden in Spanien im Ferienhaus von Cornelia Sonntag-Wolgast, als hoch geschätzte ehemalige Kollegin vielen noch in bester Erinnerung, einen schönen Winterurlaub verbringen.

2. Bildung bleibt meine Mission. Mein Jahresthema 2012 ist die Verbesserung der Grundbildung für alle. 7,5 Millionen Analphabeten in Deutschland dürfen niemanden kalt lassen.



► **Franz Thönnnes:**

1. Bei „guter Speis‘ und gutem Trank“ sowie Kultur in Schleswig-Holsteins Nachbarstadt Hamburg.

2. Der Realisierung meins Projektes „FBQ - Fördern - Bilden - Qualifizieren“ zur gemeinsamen Berufsausbildung von dänischen, deutschen und anderen Jugendlichen aus der Ostseeregion im Zusammenhang mit dem Bau des Fehmarnbelt-Tunnels und der Gründung eines „Rundes Tisches“ zur Gewährleistung der Kinderbetreuung für arbeitslose Alleinerziehende im Kreis Segeberg, damit die Annahme von Arbeitsangeboten nicht an der mangelnden Betreuung der Kinder scheitert. Der erreichte Erfolg im Kreis Stormarn kann hier gutes Vorbild sein.

Impressum

„Bundestag direkt“

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann

Landesgruppenbüro:

PLH, 7.144, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB



Flickschusterei statt zuverlässiger Minderheitenpolitik

Mittel für Dänischen Schulverein und BDN dank des Drucks der SPD für 2012 gesichert

Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten setzt sich seit 2010 sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene dafür ein, dass die CDU/FDP-Landesregierung ihre unsinnigen Kürzungen bei der Minderheitenförderung zurücknimmt, denn diese gefährden das gute Klima des Zusammenlebens im Norden Schleswig-Holsteins.

Die deutsch-dänische Grenzregion und das Miteinander der jeweiligen Minderheiten haben einen Vorbildcharakter für viele internationale Konfliktregionen, den es unbedingt zu erhalten und weiter zu fördern gilt. Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass ausgerechnet eine christdemokratisch geführte Landesregierung so eklatant gegen die von CDU-Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten Bonn-Kopenhagener Erklärungen verstößt.

Schließlich besteht für die dänische Minderheit nach Kapitel I das „Recht auf gleiche Behandlung, nachdem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder

seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.“ Und im Kapitel II heißt es: „Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.“

Auf Druck der SPD werden die Kürzungen des nördlichsten Bundeslandes auch im Jahr 2012 durch Bundesmittel ausgeglichen. So erhält der Dänische Schulverein in einem eigenen Haushaltstitel 3,5 Millionen Euro als Ersatzfinanzierung. Die zusätzlichen Projektmittel aus dem Kul-

turbereich des Auswärtigen Amtes mit 400.000 Euro zur „Förderung der deutschen Sprache in Skandinavien“ können allerdings keine langfristige Lösung für die Deutsche Minderheit in Nordschleswig sein, da die Minderheitenförderung im Bereich des Innenministeriums angesiedelt ist und dort institutionell und strukturell verlässlich abgesichert werden muss.

Der jetzige Zustand bedeutet also weiterhin Planungsunsicherheit. Doch genau die ist für die erfolgreiche Arbeit unabdingbar, wie Vertreter des Minderheitensekretariats, des SSW, des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) und des Dänischen Schulvereins bei einem Gespräch mit den schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix, Franz Thönnnes und Bettina Hagedorn deutlich machten. Sönke Rix und Franz Thön-

nes sind Mitglieder der Gremien für Minderheitenfragen beim Deutschen Bundestag und beim Landtag Schleswig-Holstein; Bettina Hagedorn setzt sich als Mitglied des Haushaltsausschusses seit Jahren intensiv für die finanzielle Ausstattung der Minderheiten ein.

„Ab 2012 wird es Sache einer neuen Landesregierung in Kiel sein, eine zuverlässige, angemessene Finanzierung der dänischen Schulen im Lande sicherzustellen, während für die finanzielle Absicherung des BDN das Innenministerium in Berlin endlich beständig Verantwortung übernehmen muss. Die SPD erwartet, dass sich Bundes- und Landesregierung künftig an einen Tisch setzen, um ein Gesamtkonzept zur langfristigen Sicherung der Minderheitenförderung zu entwickeln und zu beschließen“, so die drei Abgeordneten.



Franz Thönnnes, Sönke Rix und Bettina Hagedorn mit den Vertretern der deutschen Minderheit in Nordschleswig und der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein nach ihrem Gespräch in Berlin

Besser mehr Marine!

Die Bundeswehrreform setzt falsche Schwerpunkte

Verglichen mit den anderen Teilstreitkräften schrumpft unsere ohnehin schon kleine Marine personell am wenigsten, die Luftwaffe am stärksten. Aber es hätte auch gute Gründe für eine stabil bleibende oder sogar leicht aufwachsende Marine gegeben. Ihre Bedeutung nimmt wirklich eher zu. Auch nach dem Ende der Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan wird sie in vier oder fünf Jahren immer noch ein wesentlicher Träger der Auslandseinsätze unserer Bundeswehr sein. Eine Marine mit einem operativen Umfang von 16.000 Männern und Frauen ließe sich durchaus plausibler begründen als die nun zugestanden 13.000.

Schon jetzt ist die Einsatzbelastung der Soldatinnen und Soldaten in der Marine – vergleicht man ihren Anteil am gesamten Streitkräftepersonal (acht Prozent) mit ihrem Anteil an den Bundeswehreinsätzen (12 Prozent) – überproportional hoch. Gleichzeitig wächst die Bedeutung der sicheren, ungehinderten Nutzung einer freien See. Fachleute erwarten ein „maritimes Jahrhundert“. Auch wenn die meisten Konflikte weiterhin vorrangig an Land zu lösen sind, wird doch die maritime Komponente durch die Globalisierung und die Konzentration der Weltbevölkerung in Küstennähe künftig eher an Bedeutung gewinnen.

Deutschland muss sich als führende Exportnation und stärkste Wirtschaftskraft in Europa diesen sicherheitspolitischen Anforderungen stellen. Wir müssen unserer



Die Fregatte *Lübeck* und ein Marine-Hubschrauber *Sea King* bei einer Übung auf der Ostsee

Foto: Martin Weinert

Verantwortung unseren Möglichkeiten entsprechend gerecht werden. Andere europäische und internationale Partner werden uns das nicht abnehmen, die Verteidigungshaushalte sinken auch dort. Der EU-Mission „Atalanta“ am Horn von Afrika gehen beispielsweise bereits die Schiffe aus. Im Jahr 2010 wurden 445 Zwischenfälle von Piraterie oder bewaffnetem Raub auf See gemeldet. Sortiert nach der Herkunft der Schiffseigner, ist nach dem aktuellen Jahresbericht des Flottenkommandos Deutschland mit 64 Übergriffen am stärksten betroffen. Weniger Marine wird sicher nicht zu einer Verbesserung der Situation beitragen.

Der Verteidigungsminister hätte mit seiner Strukturreform hier mit wenig Aufwand einen Schwerpunkt setzen können. Tatsächlich sagt die neue Bundeswehrstruktur aber wenig darüber aus, welche sicherheitspolitischen Ziele er mit der Reduzierung und dem Umbau eigentlich verfolgt. Die Verlegung des gerade erst sanierten Marine-Operations-Zentrums (MOC) in Glücksburg scheint wenig effizient und – zumindest in Bezug auf die Sparvorgabe – widersinnig.

Es ist auch schwer nachvollziehbar, wie künftig ein Marinearsenalbetrieb sämtliche Aufgaben erfüllen soll, die derzeit von zwei Betrieben erledigt werden. Die

Marine wird ja bekanntermaßen – und richtigerweise – nicht halbiert. Aufgaben dürften also an die Wirtschaft abgegeben werden. Das heißt: Kürzen bei den Personalkosten und in der Folge Umschichten auf Sachkostentitel. Was spart das? Es wird teuer!

Zwar ist der Minister in seinen Entscheidungen über das Einsparen von Personal und Standorten frei, aber wenn aus selbsterfundeneren Gründen oder ideologischen Vorlieben neue Kosten produziert werden, dann widerspricht das dem selbstgesetzten innenpolitischen Ziel der Reform – nämlich Geld zu sparen.

Hans-Peter Bartels



Bundeshaushalt: Schwarz-Gelb kürzt am falschen Ende

10. November 2011: die legendäre „Nacht der langen Messer“ – die Bereinigungssitzung und damit Schlussabstimmung für den Bundeshaushalt 2012 im Haushaltsausschuss. Für Schleswig-Holstein im Blickpunkt: der Nord-Ostsee-Kanal, für dessen Ausbau und Sanierung laut Ramsauer-Entwurf ursprünglich nur knapp 25 Mio. Euro vorgesehen waren! Auf drei SPD-Veranstaltungen in Brunsbüttel, Kiel und Rendsburg hatten hunderte Menschen für die Zukunft des NOK mobilisiert und waren empört, dass Schwarz-Gelb die 270 Mio. €, die die SPD mit Verkehrsminister Tiefensee 2008/2009 mit den Konjunkturpaketen für den dringend nötigen Ausbau der fünften Schleusenkammer verankert hatte, für andere Wasserstraßenprojekte „verfrühstückt“ hatte.

Dabei ist es angesichts niedrigerer Schäden „fünf Minuten vor zwölf“! Massiver politischer Druck und ein drohendes Wahldesaster am 6. Mai 2012 in Schleswig-Holstein zeigten Wirkung: Nun stehen aus der Eine-Milliarde-Etataufstockung für Verkehrsprojekte bis 2015 300 Mio. Euro für den Neubau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel zur Verfügung – ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Der SPD-Antrag – solide gegenfinanzierte 800 Mio. Euro zusätzlich bis 2017 – zur Umsetzung des Gesamtkonzepts von 2007 für die komplette Kanalsanierung, wurde leider abgelehnt. Trotz aller Lippenbekenntnisse wird klar: Schwarz-Gelb ist südläufig: Erst am 10.11. erfuhr der Haushaltsausschuss, dass die Kosten für die Bahnstrecke Wendlingen-Ulm (Prestige-Projekt für Stuttgart 21) statt 928 Mio. jetzt 1,868 Mrd. Euro – also mehr als das Doppelte – kosten soll. Da reiben wir Nordlichter uns erstaunt die Augen.

Trotz massiver Proteste fast aller Bürgermeister in Schleswig-Holstein gegen Ramsauers Kahlschlag bei der Städtebauförderung: Auch 2012 wird wieder nur wie im Vorjahr das viel zu

niedrige Niveau von bundesweit 455 Mio. Euro erreicht – statt 600 Mio. Euro in der Großen Koalition! Gegenüber 2009 stehen für Programme zum Stadtbau 30 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Das spüren die Handwerker und Mittelständler vor Ort! Für das Programm „Soziale Stadt“ fließen sogar 60 Prozent weniger. CDU und FDP haben nicht begriffen, dass gerade Investitionen nicht nur in Beton, sondern in die Köpfe der Menschen in den sozialen Brennpunkten helfen! Die SPD-Forderung – die Verdoppelung der Förderung der „Sozialen Stadt“ auf das Niveau von 2009 mit allein 105 Mio. Euro – prallte leider an Schwarz-Gelb ab.

Kahlschlag auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung: Kürzungen von ca. 2,3 Mio. Euro bedeuten – trotz aller Sonntagsreden zur Bekämpfung gerade des Rechtsextremismus – für wichtige bildungspolitische Maßnahmen herbe Einschnitte! Auch der schleswig-holsteinische Schülerwettbewerb der „Ecopolicyade“, für dessen bundesweite Einführung ich 2008 200.000 Euro pro Jahr im Haushalt durchsetzen konnte, steht vor dem Aus!

Die größte Katastrophe spielt sich im Bundeshaushalt aber erneut im Etat von Frau von der Leyen ab – den Titel „Arbeits- und Sozialministerin“ verdient sie nicht, denn ihr Etat ist erneut der „Steinbruch“ von Schwarz-Gelb. Die Kürzungen aus dem so genannten Sparpaket wurden von Minus zwei Milliarden Euro 2011 auf vier Milliarden Euro 2012 verdoppelt! Damit werden die größten Lasten den Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden, Menschen mit Handicaps und Migranten abverlangt! Allein der Bundesagentur für Arbeit werden 3,7 Mrd. Euro gestrichen. Die Vermittler dort wie auch in den JobCentern stehen vor leeren Budgets.

Folgen für Schleswig-Holstein

Was heißt das für Schleswig-Holstein? Allein durch das Sparpaket verliert das Land von 2012 bis 2015 mehr als 1,1 Mrd. Euro für die Förderung von Arbeitslosen und ihren Familien – Tendenz steigend. Während 2012 dieser Kahlschlag „nur“ knapp 191 Mio. Euro für unser Land beträgt, wird das Minus 2015 auf mehr als 331 Mio. Euro pro Jahr eskalieren. Apropos: Die Beiträge zum „Sparpaket“ durch Wirtshaft und Bürokratieabbau, die angeblich einmal über 50 Mrd. Euro bis 2014 ausmachen sollten, sind schon heute zu zwei Drittel wie Seifenblasen zerplatzt!

Als Antwort auf diese massive soziale Schiefelage hat die SPD – solide gegenfinanziert, doch letztlich erfolglos – ein Plus von 1,5 Mrd. Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik bean-



Bettina Hagedorn, stv. Sprecherin der AG Haushalt

tragt: Davon sollten u.a. 400 Mio. Euro für das Programm „Allianz für Fachkräfte und Kultur der 2. Chance“ und weitere 200 Mio. Euro für „MigraPlus“ zur Verfügung stehen.

Besonders bitter: Trotz Kürzungen, brummender Konjunktur und üppig sprudelnder Steuer- und Sozialbeitragsquellen verabschiedete Schwarz-Gelb den Bundeshaushalt 2012 mit einer Nettokreditaufnahme von über 26 Mrd. Euro – obwohl der Haushalt 2011 mit einer Neuverschuldung von unter 20 Mrd. Euro schließen wird. Also werden 2012 **mehr** Schulden zu Lasten künftiger Generationen gemacht statt **weniger**, wie es die Schuldenbremse eigentlich vorsieht. Merkel und Schäuble spielen sich in Europa als angeblicher Musterknabe beim Sparen auf und predigen dort Wasser, während sie selbst Wein trinken und sich obendrein den Koalitionsfrieden mit der FDP mit Steuergeschenken auf Pump und mit der CSU mit einer katastrophalen Herdprämie erkaufen. Diese Politik ist – gerade in der aktuellen Krise – nicht nur für unsere Nachbarn in Europa das absolut falsche Signal.

Bettina Hagedorn

Regierung strauchelt bei EU-Politik, SPD ist klar auf Kurs

Seit Beginn der internationalen Bankenkrise vor gut drei Jahren versuchen die Bundeskanzlerin und Schwarz-Gelb uns einzureden, die Finanz- und Wirtschaftskrise sei eigentlich eine Krise überschuldeter Staaten – doch es ist eine internationale Krise deregulierter Märkte, die sich den Staat zur Beute machen wollen und es ist eine Krise des neoliberalen Gedankengutes. Richtig bleibt die SPD-Richtschnur, dass die Politik in Europa und weltweit wieder das Heft des Handelns zurückerobern muss. Sigmar Gabriel hat es am 5.12.11 beim SPD-Bundesparteitag auf den Punkt gebracht: „Wir wollen keine marktconforme Demokratie, sondern einen demokratiekonformen Markt!“

In einem chaotischen Zick-Zack-Kurs werden die richtigen Ideen der SPD von Schwarz-Gelb regelmäßig abgelehnt, um wenig später doch als revolutionäres eigenes Gedankengut eingebracht zu werden. Aber: Unsere Forderungen, z.B. eine Beteiligung der Spekulanten an den Kosten der Krisenbewältigung durch eine Finanztransaktionssteuer, werden nicht aufgegriffen.

Überfällig ist: Hochspekulative Geschäfte müssen verboten werden und mehr Transparenz und Kontrolle unterliegen. Die Rekapitalisierung von Finanzinstituten muss von einer wirksamen

Regulierung begleitet werden, die ein europäisches Bankeninsolvenzrecht einschließt. Geschäftsbanken sind strikt vom Geschäft der Investmentbanken zu trennen. Die Bedeutung der beherrschenden amerikanischen Ratingagenturen muss durch eine stärkere Verpflichtung der Finanzmarktakteure zur Durchführung eigener Risikoeinschätzungen reduziert werden – auch eine Europäische Ratingagentur wäre ein wichtiger Schritt!

Eine Schuldenbremse hilft, unkontrollierte Staatsverschuldung zu begrenzen – jedoch nur mit weiteren regulierenden Maßnahmen,

sonst würgt sie jede Wirtschaftserholung ab und sorgt für Massenarbeitslosigkeit in den krisengeschüttelten Ländern. Das schadet auch Deutschland als Exportnation. Wir brauchen in Europa gerade jetzt kluge Investitionen, die den Menschen dort Arbeit und Wertschöpfung bringen.

Und nun? - Der Umweg der Bundesregierung über den IWF ist überflüssig. Man muss den EFSF aufstocken – aber das will Merkel nicht, weil Schwarz-Gelb im Bundestag unlängst garantierte: „211 Mrd. Euro Garantien – und keinen Cent mehr!“ Sie fürchtet für diesen in Wahrheit notwendigen Schritt im Parlament keine Mehrheit bei Schwarz-Gelb zu finden.

Zu Recht: CDU/CSU und FDP stolpern orientierungslos wie eine Selbstfindungsgruppe zwischen Mitgliederentscheid, Rücktritten, Steuersenkung auf Pump und CSU-Herdprämie, während Europa strauchelt und die Krisenlösung immer teurer wird.



Helmut Schmidt bei seiner Europa-Rede auf dem Bundesparteitag in Berlin.

Foto: Amin Hamadmad

„Lasst uns dafür kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche gestärkt hervorgeht.“ Dieser Satz von Altbundeskanzler Helmut Schmidt vom SPD-Bundesparteitag Anfang Dezember sollte auch im kommenden Jahr unser Handeln stets begleiten, denn Europa ist nicht das Problem – es ist die Lösung!

Bettina Hagedorn

Landesgruppe setzt sich für Deutschland-Bonds ein

Natürlich müssen Griechenland und andere Staaten in Europa ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen, vor allen Dingen durch Einnahmeverbesserungen, aber auch durch intelligentes und sozial gerechtes Sparen. Und natürlich brauchen sie hierbei europäische Solidarität, jedenfalls allemal mehr als die Banken, Versicherungen und Fonds, die sich ihre Spekulationsrisiken durch die Steuerzahler bezahlen lassen wollen.

Die SPD steht deshalb zum Lastenausgleich und zur Solidarität mit Nachbarn

und Freunden in Europa. Rettungsfonds, Aktionen der Zentralbank bis hin zu Euro-Bonds sind für uns keine Schreckgespenster, sondern sinnvolle Instrumente, die notwendig werden können. Frank Walter Steinmeier hat hierzu auf dem Bundesparteitag auch einen europäischen Alt-schuldenfonds vorgeschlagen, wie er vom Sachverständigenrat angeregt worden ist.

Als Landesgruppe können wir nur sagen: Das sind alles sehr kluge, sehr solidarische Vorschläge für Europa.

Und gleichzeitig muss für Deutschland Gleiches gelten, was wir für Europa für sinnvoll halten. Auch in Deutschland haben wir große Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungs- und damit Finanzkraft zwischen den Bundesländern. Auch in Deutschland gibt es strukturelle Altschulden bei den öffentlichen Haushalten, die nur gemeinsam bewältigt werden können.

Der Länderfinanzausgleich und die Schuldenhilfe an einzelne Bundesländer im Zuge der Schuldenbremse reichen hier nicht aus. 1,3

Milliarden strukturelles Defizit in Schleswig-Holstein sind bei steigenden Pensionsaufwendungen und noch immer vorhandener Nettokreditaufnahme nicht so einfach wegzustecken, schon gar nicht, wenn die Schuldenbremse 2020 erfolgreich umgesetzt werden soll. Unsere Landesgruppe bohrt hier deshalb ein dickes Brett in Berlin für einen Deutschland-Bonds von Bund und Ländern und für einen ehrlichen Entschuldungsfonds. Wat mutt, dat mutt.

Ernst Dieter Rossmann



„Solidarische Gesundheitspolitik für alle!“

Aktueller geht es nicht: Direkt vom Bundestag kommend stellten sich die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis aus Ulm, der für den Kreis Steinburg zuständige Betreuungs-Abgeordnete Ernst Dieter Rossmann und SPD-Landesvorstandsmitglied Stefan Bolln am 6. Dezember in Glückstadt der Diskussion über die Bürgerversicherung.

„Die Bundesregierung hat bisher nur Apotheker, Pharmaunternehmen und Privatversicherungen, nicht aber die Patienten im Blick gehabt. Damit muss Schluss sein“, fasste Gastgeber



Ernst Dieter Rossmann, Hilde Mattheis und Stefan Bolln

Rossmann die katastrophale Halbzeitbilanz von Schwarz-Gelb in der Gesundheitspolitik zusammen und mahnte eine solidarische und gerecht finanzier-

te Versorgung an. Hilde Mattheis stellte das SPD-Konzept vor. „Die Bürgerversicherung gewährleistet Gleichbehandlung und verhindert massiven Kostenan-

stieg für gesetzlich und privat Versicherte. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sollen nach dem Prinzip der nominalen Parität Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen tragen“, erläuterte die Gesundheitsexpertin. „Dieses Modell streben wir auch für die Pflege an.“

In einer engagierten Diskussion ernteten die SPD-Politiker dafür viel Zustimmung. „Gesundheit und Pflege brauchen Solidarität und zukunftssichere Konzepte. Deshalb ist die Bürgerversicherung das richtige Modell“, resümierte Rossmann den Konsens der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung.

Tourismusbranche: Fachkräftemangel ist größte Sorge

„Hilfe, Köchin und Kellner sind weg!“ - Unter dieser Überschrift habe ich am 8. Dezember in die Büchener Priesterkate zur Diskussion über die Chancen des Tourismus im ländlichen Raum eingeladen. Mit fast 1,5 Millionen Übernachtungen und 235 Millionen Euro Umsatz im Jahr ist der Tourismus in meinem Betreuungswahlkreis Herzogtum Lauenburg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Gleichzeitig gibt es große Herausforderungen: Wie wappnen sich vor allem Hotels und Gaststätten vor einem Fachkräftemangel? Die Zahl der Auszubildenden ist im Vergleich zu 2010 um 20 Prozent gesunken. Schon jetzt kann jeder zweite Gastbetrieb in Schleswig-Holstein nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzen. Die Branche muss attraktiver werden – mit guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und



Gabriele Hiller-Ohm mit ihren Podiumsgästen (von links) Günter Schmidt (Herzogtum Lauenburg Marketing und Service GmbH), Christian Schmidt (Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein), Dr. Heinz Bohlmann (Kulturpfleger der Gemeinde Büchen), Uwe Möller (SPD-Bürgermeister von Büchen) und Hans-Joachim Hacker (tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

ordentlichen Löhnen. Fast jede/r Zehnte muss trotz sozialversicherungspflichtiger Arbeit mit staatlichen Leistungen „aufstocken“. Der von der SPD geforderte flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro würde diese Menschen aus dem ALG-II-Bezug bringen.

Wichtig ist auch eine gute Vermarktung der touristi-

schen Angebote, um die 8,5 Millionen Tagesgäste, die vor allem aus Hamburg kommen, für einen längeren Aufenthalt zu gewinnen. Das Herzogtum Lauenburg Marketing leistet gute Arbeit und kann auf gute Argumente setzen, wie das einheitlich beschilderte über 1.000 km lange Radwegenetz, den Qualitäts-Radfernweg Alte Salzstraße

und die zahlreichen Wasserreviere. Leider torpediert die Landesregierung von CDU und FDP die Tourismuswerbung im Land. Statt zwei Millionen Euro soll die Landes-Tourismusagentur künftig nur noch 500.000 Euro – ein Viertel – erhalten. Das muss verhindert werden!

Gabriele Hiller-Ohm

Mehr Stromnetze

Die Anbindung der Offshore-Windparks und der Ausbau der Stromnetze standen im Mittelpunkt des Gesprächs der Landesgruppe mit dem stellvertretenden energiepolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Becker.

Ziel der SPD ist hier, zu einer bundeseinheitlichen Planung zu kommen, damit eine Prioritätensetzung hinsichtlich des Ausbaus möglich wird. Eine zusätzliche Alternative bietet sich laut einer Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena)



Dirk Becker, MdB

durch Hochtemperaturkabel. Durch deren Einsatz können bestehende Trassen aufgerüstet werden und mehr Strom transportieren.

Mehr Zusammenarbeit

Die SPD-Fraktionen des Kieler Landtags und des Hamburger Senats haben kürzlich eine engere Kooperation vereinbart, um gemeinsame Interessen besser zu vertreten. Diesem guten Beispiel folgten auf Bundesebene jetzt auch die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem nördlichsten Bundesland und der Hansestadt.

Bei dem gemeinsamen Gespräch wurde schnell deutlich: Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit gibt es viele. So wollen beide

Landesgruppen in der Bundestagsfraktion eine Initiative zum Thema Infrastruktur für Offshore anstoßen. Den nötigen Ausbau verstehen beide Seiten als nationale Aufgabe. Innerhalb der Küstengänge werden sich Hamburger wie Schleswig-Holsteiner für eine Verständigung über die Priorisierung norddeutscher Verkehrsprojekte einsetzen.

Nach dem guten Auftakt war klar: Die Gespräche sollen zukünftig fortgesetzt und gemeinsam Gesprächspartner eingeladen werden.

Kongress der SPD-Fraktion: Mehr Demokratie leben

Demokratie vererbt sich nicht, sondern muss von jeder Generation neu gelernt, eingeübt und gelebt werden. Die Vernachlässigung und Verwahrlosung des politischen Bewusstseins dafür, dass Demokratie Pflege braucht, dass sie Arbeit, Mühe und Leidenschaft erfordert, hat zu einer Situation geführt, in der jetzt zusätzliche Anstrengungen nötig sind: in der Schule, in der politischen Bildung, in den Medien, im politischen Betrieb selbst.

In diesem Sinne hat die SPD-Bundestagsfraktion am 12.12. einen von Hans-Peter Bartels federführend organisierten Demokratiekongress durchgeführt, um mit Fachleuten Ideen und Veränderungsvorschläge zu diskutieren. Hauptredner war Joachim Gauck, 2010 Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Er forderte ein neues Bewusstsein dafür ein, gleichermaßen stolz und glücklich über das zu sein, was wir - nach allen Irrwegen in unserer deutschen Geschichte - als Gesellschaft erreicht und gestaltet haben.

Hans-Peter Bartels, Initiator und Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe Demokratie, forderte, dass Demokratie als Lebensform ins Zentrum unserer politischen Aufmerksamkeit rücken sollte und plädierte für das Entstehen einer „Demokratiepolitik“. Mit ihrem kürzlich vorgestellten Papier „Demokratie erneuern, Demokratie leben“ haben die Mitglieder der AG Demokratie erste Vorschläge gemacht. Weitere Informationen: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53375,00.html.



Hans-Peter Bartels im Gespräch mit Joachim Gauck und Katja Mast, MdB aus Pforzheim



„Reformen am politischen Betrieb“: Sönke Rix, Mitglied der AG Demokratie, moderierte das Podium mit Prof. Wolfgang Zeh, Prof. Suzanne Schüttemeyer und Dr. Martin Schwanholz, MdB. Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hielt das Schlusswort



Krisenfest und solidarisch – mit Genossenschaften Zukunft gestalten

„Wir-eG statt Ich-AG“, so lautete der Titel meiner Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung am 15. November in Lübeck. 150 Jahre ist inzwischen die Idee des genossenschaftlichen Wirtschaftens alt. Betagt ist sie keineswegs. Im Gegenteil: Nicht nur durch das Internationale Jahr der Genossenschaften 2012 ist das Genossenschaftswesen wieder hochaktuell.

Markenzeichen der Genossenschaften sind die drei großen „S“ Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Viele Menschen wünschen sich wieder mehr Überschaubarkeit, Beteiligung und Regionalität.

Genossenschaften haben sich gerade während den aktuellen Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Schuldenkrisen als äußerst robust erwiesen. Ein wesentlicher Schlüssel: Genossenschaften sind dem Nutzen ihrer Mitglieder in erster Linie verpflichtet. Kurzfristige auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Spekulationen sind bei Genossenschaften Fehlangeige.

Energiesektor hat Potential in SH

Beeindruckend ist: Die Insolvenzrate von Genossenschaften in Deutschland liegt bei gerade einmal 0,4 Prozent. Seit einigen Jahren erleben auch die Genossenschaften einen großen Zulauf: Zurzeit gibt es in Deutschland rund 7.500 Genossenschaften. Sie verfügen über mehr als 20 Millionen Mitglieder. Rund 830.000 Menschen sind bei Genossenschaften beschäftigt, hinzu kommen etwa 35.000 Auszubildende.

Genossenschaften sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Jeder

vierte Einwohner Deutschlands ist Mitglied. Im Kern stehen zwar immer noch die Bereiche Wohnen und Banken. Aber Genossenschaften dringen glücklicherweise in immer mehr Wirtschaftszweige vor: Einzelhandel, Verkehr, Energieversorgung, aber auch in den sozialen oder kulturellen Bereich.

Ein wichtiger Schritt war die unter der SPD-Regierung 2006 vorgenommene Änderung des Genossenschaftsgesetzes, mit der auch diese Bereiche dem genossenschaftlichen Zweck entsprechen.

Für Schleswig-Holstein ist insbesondere der Energiesektor interessant. Viele kleine Genossenschaften, die in diesem Bereich als Nahversorger für Energie und Wärme auftreten, können so ganze Gemeinden aus dem Oligopol der vier großen Energieriesen herauslösen.

gestaltet. Das internationale Jahr der Genossenschaften 2012 sollte den Anlass dafür bieten.

Das Jahr der Genossenschaften

Vier Ziele lassen sich dafür definieren:

1. Genossenschaften müssen noch stärker ins Blickfeld rücken. Genossenschaften macht man dann am besten sichtbar, wenn sie gut und zahlreich sind. Auch wenn Genossenschaften heute schon ein wichtiger Zweig sind, stehen den 7.500 Genossenschaften in Deutschland mehr als zwei Millionen Einzelunternehmen gegenüber. Im Vergleich sind Genossenschaften noch ein Schössling, der richtig gepflegt werden muss.

2. Menschen, die eine Genossenschaft gründen wollen, müssen so qualifiziert werden, dass sie eine Genossenschaft auch gut führen können.

3. Genossenschaften müssen sich besser vernetzen können und im wahrsten Sinne des Wortes kooperieren.

4. Gründungen von Genossenschaften müssen noch weiter erleichtert werden. Insbesondere kleine Genossenschaften dürfen nicht schon am Anfang scheitern, weil die Bürokratie sie überfordert oder die finanziellen Hürden zu hoch liegen.

Wenn wir es schaffen, diese Ziele politisch zu forcieren, dann kann die Wir-eG zum Wirtschaftsmodell des 21. Jahrhunderts werden.

Gabriele Hiller-Ohm



Stefan Probst (Lübecker Bauverein), Gabriele Hiller-Ohm (MdB), Thomas Rother (MdL) und Klaus Lorenzen (EVG Landwege) bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in Lübeck

Schleswig-Holstein hat hier noch Ausbaupotenzial: Bislang gibt es nur 156 Genossenschaften im Norden. 41 sind dabei Finanz- und Versicherungsdienstleister, 39 im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen.

Was sich im ersten Moment nach einem Kampf David gegen Goliath anhört, mag aber gar nicht so unüberwindlich sein. Jetzt gilt es, dass die Politik die Hürden für sehr kleine Genossenschaften noch niedriger



„Baltic Sea Labour Forum“ gegründet – erstmaliges Treffen von Infocentermitarbeitern

Mitte November wurde in Hamburg in einer internationalen Konferenz mit 240 Teilnehmern von Arbeitgebern, Gewerkschaftern und Politik aus der Ostseeregion das „Baltic Sea Labour Forum“ (BSLF) für den tripartistischen sozialen Dialog gebildet. Damit wurde gleichzeitig das Flaggschiff-Projekt der EU-Ostseestrategie „Baltic Sea Labour Network“ (BSLN) erfolgreich abgeschlossen. Dieses wurde 2008 im Wesentlichen von DGB Nord und Nordmetall entwickelt.

Unterstützung für die Förderung fand das BSLN beim damaligen schleswig-holsteinischen Europaminister Uwe Döring und SPD-MdB Franz Thönnies als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. Er überzeugte auch die Ostseeparlamentarierkonferenz dabei mitzuwirken. Hinzu kamen weitere 21 Partner aus acht Ostsee-Ländern. Darunter Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und der Ostseerat. Ziel war es, im sozialen Dialog für nachhaltige Arbeitsmärkte, faire Arbeitsbedingungen, starke Sozialpartner und soziale Absicherung für Grenzpendler zu sorgen. Die Durchführung lag bei Katariina Röbbelen-Voigt und ihrem Team von der Kooperationsstelle Hamburg.

Inhaltlich wurden in der Projektphase sowohl national als auch international gemeinsame Aktivitäten wie Tagungen, Untersuchungen, Befragungen, Trainingsmaßnahmen und grenzüberschreitende Vorhaben durchgeführt.

Dazu gehörten u.a. ein schwedisch-norwegisches Gewerkschaftsprojekt zu Arbeits- und Lebensbedingungen von ausländischen Beschäftigten in der Landwirtschaft, ein Trainingsprogramm zum sozialen Dialog für junge estnische Gewerk-

schaftler, eine wissenschaftliche Studie in Finnland zur sozialen Inklusion und zur Beteiligung von russischsprachigen Migranten in der Gewerkschaftsarbeit und im Arbeitsleben sowie spezielle Trainingsprogramme für



Franz Thönnies und der norwegische Storting Abgeordnete Torfinn Opheim bei der BSLF-Gründungsveranstaltung in Hamburg

Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte. Deutschland und Polen entwickeln ein grenzüberschreitendes Informations- und Kompetenzzentrum für Arbeitnehmer und Arbeitgeber an ihrer Grenze. Dazu gehören ein „Runder Tisch“ der Sozialpartner sowie ein Arbeits-

und Ausbildungsmarkt-Monitor in der Grenzregion. Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften in Lettland arbeiteten sehr eng an der Entwicklung eines sozialen Dialoges zusammen. Die Sozialpartner in Litauen befassten sich mit der Arbeitsmarktpolitik sowie der Regierungspolitik zur Wirtschaftskrise und etablierten speziell für junge Menschen ein „Social Dialogue Centre“ für Seminare zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. In Polen wurde von den Gewerkschaften

schwedische Gewerkschaftsbund LO arbeitete an der Entwicklung eines Infrastrukturprojektes zur Arbeitsmobilität in der Ostseeregion und führte hierzu landesweit Tagungen durch. Schließlich fand in Hamburg auch erstmalig ein Treffen der Mitarbeiter aller Infocenter für Grenzpendler aus der Ostseeregion unter der Leitung von Franz Thönnies statt. Zusammen mit dem Vorsitzenden des DGB-Nord, Uwe Polkaehne, ist er Mitglied im Steuerungsausschuss des Projektes. Alle Teilnehmer begrüßten diesen überfälligen Erfahrungsaustausch. Nun soll ein informelles Netzwerk gebildet und der Dialog jährlich fortgesetzt werden.

Thönnies: „Dass das BSLN nun mit Unterstützung des Ostseerates zu einem ständigen „Baltic Sea Labour Forum“ wird, ist ein toller Erfolg. Dazu gehört, dass inzwischen auch die russischen Gewerkschaften und Arbeitgeber aus St. Petersburg mit dabei sind. Mit dem neuen Forum soll Einfluss auf die Politik und die Entscheidungsprozesse in Arbeitsmarktfragen genommen werden, z.B. durch die Abgabe gemeinsamer Stellungnahmen und Empfehlungen zu Themen wie zukunftsfähige Arbeitsmärkte, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, hohe Beschäftigungsquoten und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt sowie Herausforderungen des Dienstleistungssektors im Ostseeraum.“ Dazu gehören ein jährlicher „Runder Tisch“ und Themen-Arbeitsgruppen unter der Regie eines „Steering Committees“ beim Sekretariat des Ostseerates.

vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ein System „From Information to Knowledge“ entwickelt. Damit soll ein offener Zugang zu allen verfügbaren Informationen für gute Arbeit und ein Netzwerk mit einer Denkfabrik geschaffen werden. Der



Kommentar

„Bildungsrepublik“ ohne die SPD undenkbar!

Wir kennen es schon aus Schleswig-Holstein. CDU und FDP sind auf ihren Bundesparteitagen im November in ihrem verzweifelten Versuch, die Bildung zu modernisieren, zu kurz gesprungen. Zaghafte Versuche der Bundesbildungsministerin Dr. Schavan, die Hauptschule als „Restschule“ sowie das Kooperationsverbot als „Bildungsfinanzierungsbremse“ abzuschaffen, standen gegen starke konservative Kräfte aus dem Süden, so dass es zu Wischi-Waschi-Beschlüssen kam.

Die Hauptschule darf es in Ausnahmen weitergeben, die Kooperation soll im Bildungsbereich „mit klaren Zuständigkeiten“ erfolgen, was immer das heißen soll. Auch bleibt die CDU auf Drängen der CSU dabei, das kontraproduktive Betreuungsgeld einzuführen.

Die SPD hat dagegen auf ihrem Bundesparteitag im Dezember in Berlin glasklare wegweisende Beschlüsse gefasst, die handfeste und gegenfinanzierte Rechtsansprüche beinhalten:

Die SPD will die Ausgaben für Bildung von heute 4,8 auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandproduktes erhöhen – das entspricht dem Durchschnitt der OECD-Länder. Bund und Länder sollen gemeinsam pro Jahr und je zur Hälfte 20 Mrd. Euro mehr für Bildung ausgeben. Die Gegenfinanzierung soll durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, die Einführung der Vermögenssteuer und die Einführung der Finanztransaktionssteuer erfolgen.

Außerdem soll das Kooperationsverbot im Grundgesetz abgeschafft werden. Ein neuer Artikel 104c soll ermöglichen, dass der Bund die Länder dauerhaft finanziell unterstützt, ohne die

Bildungshoheit der Länder einzuschränken.

Das Herumgeeiere von CDU und FDP beim Teilhabekonzept macht das Dilemma deutlich. Mit guter Ganztagschule, mehr Schulsozialarbeit und Ausbau der Sprachförderung hätten wir mehr Gerechtigkeit als mit dubiosen Gutscheinen.

Eine qualitativ hochwertige, flächendeckende, öffentliche und gebührenfreie Bildungsinfrastruktur bleibt nun einmal der richtige Weg, wenn wir gleiche Bildungschancen für alle schaffen wollen. Vier zentrale Eckpunkte im SPD-Bildungsprogramm sind deshalb:

► Das Recht auf einen Platz in der Kita oder in der Tagespflege ab dem ersten Geburtstag. Dafür wollen wir mehr Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung und eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher.

► Der Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Ganztagsangebote in Kitas und Schulen ab 2020.

► Ein Recht auf berufliche Ausbildung mit früherer Beratung bzw. Berufsorientierung in der Schule, betrieblicher Einstiegsqualifizierung und öffentlich geförderte Ausbildungsplätze mit engem Bezug zur betrieblichen Praxis für ausbildungslose Jugendliche.

► Offene Hochschulen für beruflich Qualifizierte und mehr Studienplätze, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern.

Die SPD hat klare Ziele und Vorstellungen, wie eine Bildungspolitik der Zukunft und der Chancengleichheit aussehen muss und wie sie finanziert wird. Kein Zaudern, kein Zick-Zack, keine Täuschungsmanöver! Das macht uns keiner nach. Wir sind die echte Bildungspartei in diesem Land!

Ernst Dieter Rossmann

SPD-MdBs und DGB-Nord in Sorge um Qualifizierung

Die Nachrichten von den rechtsextremistisch motivierten Morden in Deutschland waren noch recht frisch, als sich die SPD-Bundestagsabgeordneten der Landesgruppen Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn in Berlin trafen. Dementsprechend groß war das Bedürfnis, sich über die Problematik des rechten Terrors, aber auch über die Machenschaften der NPD auszutauschen, die gerade in den östlichen Bundesländern die entleerten Räume besetzt, wie die Stralsunder Abgeordnete Sonja Steffen eindringlich

schilderte. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig: Ein NPD-Verbot reicht nicht aus. Vielmehr müssten Zivilgesellschaft wie Kommunen gestärkt und das öffentliche Bewusstsein geschärft werden.

Einig war sich die Runde auch in der Sorge um die aktive Arbeitsmarktpolitik. Aufgrund der massiven Kürzungen von Schwarz-Gelb im Bereich des SGB II wird eine echte Qualifizierung kaum mehr möglich sein. Die Problematik wollen die SPD-MdBs und der DGB-Nord detailliert regional aufbereiten und öffentlich thematisieren. (nb)



DGB-Nord-Vorsitzender Uwe Polkaehn und Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann beim Gespräch der SPD-Landesgruppen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg